



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag •

Die politische Lage in Deutschland Koalition arbeitet effektiv zusammen Industrie braucht faire Handelsregeln und TTIP

In einer guten Atmosphäre haben die Geschäftsführenden Vorstände der beiden Koalitionsfraktionen in der vergangenen Woche während ihrer Klausurtagung in Rust wichtige Entscheidungen getroffen:

Im Bereich der Inneren Sicherheit werden wir weitere Verbesserungen vornehmen. Hier stand der Kampf gegen den Terror, organisierte Einbrecherbanden und gegen Sexualstraftäter auf der Tagesordnung. Gerade gegen Einbrecher kann viel durch eine verbesserte Sicherung der eigenen vier Wände getan werden. 40 Prozent aller Einbrüche werden abgebrochen, weil die Täter nicht schnell genug in Wohnung oder Haus eindringen können. Wir stellen für die Förderung von Maßnahmen zur Einbruchssicherung weitere 50 Mio. Euro pro Jahr bereit. Damit verfünffachen wir die bisher vorgesehenen 10 Mio. Euro pro Jahr für das KfW-Programm. Wir müssen aber nicht nur den passiven, sondern auch den aktiven Einbruchsschutz verbessern. Vor allem brauchen wir mehr Polizeipräsenz. Hier sind die Länder gefordert.

Auch für die Mobilität der Zukunft haben wir wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Der technologische Fortschritt macht vieles möglich, was bis vor kurzem noch unglaublich schien. Das automatische Fahren, die Vernetzung von Verkehrswegen oder die Elektromobilität. Wir bauen auf die Innovationskraft der deutschen Automobilhersteller, die von entscheidender Bedeutung ist, wenn auch das Automobil der Zukunft aus Deutschland kommen soll. Dabei sind wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen und Energiekosten eine wesentliche Voraussetzung, um die Attraktivität des Standorts Deutschland zu erhalten. Wir setzen vor allem auf eine gute Infrastruktur für Ladestellen.

Auch über die aktuelle Europapolitik wurde auf dieser Tagung diskutiert. In einem Europa-Papier haben wir unsere Linie in der Flüchtlingskrise dargelegt. Um die Zahl der Flüchtlinge nachhaltig zu reduzieren, müssen Außengrenzen konsequent geschützt werden, auch um den Schleusern das Handwerk zu legen. Gesetz und Recht müssen an den EU-Außen- und Binnengrenzen zur Anwendung gebracht werden. Auch zur Rolle der Türkei haben wir eine klare Haltung formuliert. Das Land hat eine strategische Bedeutung für Europa und in der Nato. Ob und wie sich die Beziehungen der EU zur Türkei verändern, ob die angedachten Visaerleichterungen zugestanden werden können, richtet sich nach den eindeutig beschriebenen Voraussetzungen, die die Türkei erfüllen muss. Menschenrechtsverletzungen in der Türkei ignorieren wir nicht, sondern sprechen sie an.

Auf der größten Industriemesse der Welt in Hannover zeigten in dieser Woche über 5.200 Aussteller aus 75 Ländern neueste Produktionstechnik für die Fabrik von morgen. Die Hannover Messe 2016 zeigt, wie die Industrie 4.0 sich über Unternehmens- und Branchengrenzen hinweg immer weiter vernetzt. Partnerland in diesem Jahr sind die USA, die den

Stellenwert der Industrie wiederentdeckt haben und diesen Wirtschaftssektor kräftig ausbauen wollen. Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP bietet uns die Chance, sich die zukünftigen Standards für Ex- und Importe nicht von den USA und Asien diktieren zu lassen, sondern mitzugestalten. Wenn die USA aber nur mit anderen Wirtschaftsregionen Freihandelsabkommen abschließen, werden unsere exportorientierten Unternehmen in diesen Handelsräumen investieren statt in Deutschland und Europa.

Gemeinsam mit den USA wie auch mit China müssen wir in der EU für faire Handelsbedingungen für Stahlerzeugnisse auf dem Weltmarkt sorgen. Die große Koalition hat dazu in dieser Woche einen gemeinsamen Antrag zur Stärkung der Stahlindustrie in Deutschland und Europa verabschiedet. Es handelt sich um einen industriellen Kern von zentraler Bedeutung für die industriellen Wertschöpfungsketten, der aufgrund von Überkapazitäten vor allem in China mit staatlich subventionierten Niedrigstpreisen und geringeren Emissionsauflagen konkurrieren muss.

Die Situation der Landwirtschaft in Deutschland ist schwierig. Viele Familienbetriebe stecken in der Krise, Bauern kämpfen um ihre Existenz. Vor diesem Hintergrund veranstaltete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin einen großen Landwirtschaftskongress mit Politikern und Experten. Wie sehen Landwirte ihre derzeitige Situation? Was muss sich ändern, damit der deutsche Agrarmarkt zukunftsfähig bleibt? Wir haben mit Landwirten über diese Fragen diskutiert. Hier stand aber nicht nur die bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland zur Debatte, sondern auch die gewandelte Einstellung der Menschen zum Thema Ernährung und der Herstellung von Lebensmitteln. Dabei wurde deutlich, dass es eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Standards, Akzeptanz und Verbrauchervertrauen braucht. Die Menschen setzen sich zu Recht mit der Frage nach einer gesunden Ernährung auseinander. Viele wollten wissen, wie Lebensmittel entstehen und was Bestandteil dieser Lebensmittel ist. In diesem Zusammenhang wurde auch die Kritik an Produktionsmethoden beleuchtet.

Mit Blick auf die angespannte Situation an einigen landwirtschaftlichen Absatzmärkten, besonders den Verfall der Milchpreise brauchen wir eine europäische Lösung. Denn auf nationalstaatlicher Ebene könnten keine Milchquoten festgelegt werden. Jenseits der aktuellen Probleme war es uns wichtig zu verdeutlichen, welchen Stellenwert die Landwirtschaft in Deutschland hat. Wir wissen, dass unsere einmaligen Kulturlandschaften, die den ländlichen Raum – insbesondere auch bei uns in Niedersachsen prägen – ohne eine funktionierende Landwirtschaft nicht denkbar wären. Wir wollen deshalb, dass Familienbetriebe auch in Zukunft erhalten bleiben, dass junge Leute nach wie vor Landwirte werden. Daran werden wir unsere Politik weiter ausrichten.

Die Woche im Parlament

Stahlindustrie in Deutschland und Europa stärken. Mit diesem Antrag begegnen wir der schwierigen wirtschaftlichen Situation der europäischen und deutschen Stahlindustrie, die u.a. durch das Überangebot an billigen Stahlimporten aus China hervorgerufen wird. Wir stellen fest, dass es mit dem bestehenden Instrumentarium der EU zu lange dauert, effiziente Maßnahmen gegen dieses Dumping zu ergreifen und fordern vor diesem Hintergrund etwa eine beschleunigte Anwendung der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU. Daneben braucht es eine vertiefte Prüfung, inwieweit die geplante Verleihung des WTO-Status einer Marktwirtschaft an China negative Auswirkungen auf unsere Stahlindustrie haben kann. Ferner muss bei der anstehenden EEG-Novelle berücksichtigt werden, dass die Energiepreise bezahlbar bleiben. Wir sind für die Beibehaltung der vollständigen Befreiung der in der Stahlindustrie genutzten Eigenstromerzeugung von der EEG-Umlage und wollen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie bei der zukünftigen Ausgestaltung des Europäischen Emissionshandels und im Klimaschutzplan 2050 berücksichtigt wird.

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung. Mit diesem Gesetzentwurf, den wir in 1. Lesung beraten haben, sollen Schutzlücken im Strafrecht zur sexuellen Nötigung und Vergewaltigung geschlossen werden. Aktuell ist die Vornahme sexueller Handlungen gegen den Willen des Opfers alleine noch nicht strafbar – somit bleiben Fälle ungeahndet, in denen das Opfer nur mit Worten widerspricht oder sich etwa in einer Überraschungssituation nicht wehrt. Daher sieht der Entwurf künftig bereits dann eine strafbare Handlung vor, wenn der Täter eine Lage ausnutzt, in der eine andere Person aufgrund der überraschenden Begehung der Tat zum Widerstand unfähig ist oder im Fall ihres Widerstands ein empfindliches Übel befürchtet. Ziel ist es, jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung unter Strafe zu stellen.

Jahresbericht 2015 (57. Bericht) des Wehrbeauftragten. Die Schwerpunktthemen des diesjährigen Berichts des Wehrbeauftragten sind die materielle und personelle Ausstattung der Bundeswehr sowie die damit einhergehenden Auswirkungen auf Heimatbetrieb und Einsatz. Vor diesem Hintergrund ruft insbesondere die hohe Dienst- und Einsatzbelastung Kritik in der Truppe hervor. Auch erscheint die Vereinbarkeit von Familie und Dienst verbesserungswürdig. Positiv wertet der Wehrbeauftragte die Entwicklung in der Betreuung von Einsatzrückkehrern. Neben der besseren Versorgung verwundeter Soldaten werde dem attestierten Mangel an Psychologen und Psychotherapeuten für die Behandlung psychisch belasteter Soldaten aktiv begegnet, indem die Universitäten der Bundeswehr ihre Studienangebote ergänzen und ausbauen. Zusammenfassend stellt der Wehrbeauftragte fest, dass es in vielen Bereichen Fortschritte gebe, selbst wenn er noch Verbesserungsbedarf sieht, um die Bundeswehr zu einem attraktiven Arbeitgeber zu machen.

Transfer von Forschungsergebnissen und Innovationen in die Gesundheitsversorgung beschleunigen. Der Transfer von Forschungsergebnissen in die Gesundheitsversorgung ist eine ebenso dringende wie dauerhafte Herausforderung, um das vorbildliche Niveau der deutschen Gesundheitsversorgung zukunftsfähig zu halten. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung daher auf, bei der Umsetzung ihres Rahmenprogramms Gesundheitsforschung einen stärkeren Fokus auf die Effektivität der Gesundheitsversorgung zu legen sowie die Förderung des Mittelstandes insbesondere in der Medizintechnik und medizinischen Biotechnologie auszuweiten. Ebenfalls setzen wir uns für geeignete Rahmenbedingungen zur aktiven Beteiligung von Interessengemeinschaften, Patientenverbänden sowie Kostenträgern und Leistungserbringern im Hinblick auf eine bedarfsgetriebene Innovationsforschung ein.

Gesetz zu dem Straßburger Übereinkommen vom 27. September 2012 über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt (CLNI 2012) sowie Zweites Gesetz zur Änderung der Haftungsbeschränkung in der Binnenschifffahrt. Wir stimmten in 2./3. Beratung dem Straßburger Übereinkommen von 2012 über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt zu und passen die deutsche Rechtslage an die Bestimmungen des Übereinkommens an. Das neue Straßburger Übereinkommen regelt die Möglichkeit für Schiffseigentümer, ihre Haftung für Ansprüche, die aus der Verwendung des Schiffes entstehen, auf bestimmte Haftungshöchstbeträge zu beschränken. Ferner wurde der geographische Anwendungsbereich erweitert und eine umfassendere Rechtsvereinheitlichung der Vertragsstaaten erreicht.

Erstes Gesetz zur Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes. Aufgrund der anhaltend schlechten Marktsituation bei Milchzeugnissen wurden auf EU-Ebene beschlossen, dass anerkannte Erzeugerorganisationen und Genossenschaften Absprachen treffen können, um die Rohmilchproduktion auf freiwilliger Basis

für einen Zeitraum von sechs Monaten zu regulieren. Wir begannen mit der Umsetzung dieses Beschlusses in deutsches Recht in 1. Lesung. Dabei soll die Ermächtigungsgrundlage für das BMEL zum Erlass von Rechtsverordnungen im Agrarmarktstrukturgesetz so geändert werden, dass der Anwendungsbereich des Gesetzes auch nicht-erkannte Agrarorganisationen umfasst. In Deutschland betrifft dies insbesondere die Genossenschaften, die bisher durch das Agrarmarktstrukturgesetz nicht erfasst wurden.

Weiterentwicklung der Konzeption zur Erforschung, Bewahrung, Präsentation und Vermittlung der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFGE). Die Verantwortung von Bund und Ländern, das Kulturgut der historischen deutschen Ostgebiete und der deutschen Siedlungsgebiete im östlichen Europa zu fördern und zu erhalten, ist auch in Zukunft von großer Bedeutung. Aus diesem Grund nimmt die Bundesregierung eine Neukonzeption der im Jahr 2000 beschlossenen Kulturförderung des Bundes vor. Diese soll dazu beitragen, die Kultur der Deutschen in den historischen Siedlungsgebieten des östlichen Europas, ihre Wechselwirkungen mit den Kulturen anderer Völker sowie das Gedenken an Flucht und Vertreibung als elementaren Teil der deutschen und europäischen Geschichte zu begreifen und einen Beitrag zur Versöhnung mit den östlichen Nachbarn zu leisten.

Gesetz zur Änderung der Vorschriften zur Vergabe von Wegenerzeugnissen zur leistungsbundenen Energieversorgung. § 46 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) sieht vor, dass die Kommunen die kommunalen Wegerechte zur Verlegung von Strom- und Gasleitungen (sogenannte Konzessionen) in einem vergabeähnlichen Verfahren spätestens alle 20 Jahre neu zu vergeben haben. Dieser Bereich war in den letzten Jahren vermehrt Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzung. Daher haben wir in 1. Lesung des vorliegenden Gesetzes die Anpassung einzelner Verfahrensgrundsätze beraten, um Rechtssicherheit in diesem Bereich zu schaffen. So setzen wir gleichzeitig die vereinbarten Regelungen des Koalitionsvertrags um.

Daten und Fakten

Deutsche Wirtschaft wächst weiter – Erwerbstätigkeit auf Rekordniveau. Die deutsche Wirtschaft wächst weiter kräftig. Die Bundesregierung hält an ihrer positiven Prognose fest und erwartet in ihrer Frühjahrsprojektion einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von real 1,7% im Jahr 2016 und 1,5% im Jahr 2017. Ausschlaggebend für das erneute Wachstum ist vor allem die starke Binnennachfrage. Sie führt auch zu einem insgesamt besser austarierten Wachstum und sorgt gleichzeitig bei unseren Handelspartnern für positive Impulse. Ebenso profitiert davon der deutsche Arbeitsmarkt, der sich weiterhin sehr gut entwickelt und den positiven Trend fortsetzt. So erwartet die Bundesregierung für 2016 einen Anstieg der Erwerbstätigkeit um 480.000 Personen und im nächsten Jahr um 350.000 Personen auf das Rekordniveau von 43,9 Mio. Erwerbstätigen.

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)

Deutschland und USA führend bei Industrie 4.0. Deutschland und die USA geben beim Wandel der klassischen hin zur vernetzten Produktion international den Ton an. Das geht aus einer Umfrage von Bitkom Research hervor, die dazu mehr als 500 Produktionsleiter, Vorstände oder Geschäftsführer von Industrieunternehmen befragt haben. Auf Platz 1 landet mit 28% das diesjährige Partnerland der Hannover Messe, die USA. Deutschland folgt knapp dahinter mit 25%. Japan belegt mit 20% den dritten Platz. Mit großem Abstand folgen Frankreich (8%), China (6%) sowie Korea und die Niederlande (je 3%).

(Quelle: Bitkom Research)

CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Dr. Mathias Middelberg MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information.
Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.